



Schleswig-Holsteinischer Landtag
Innen- und Rechtsausschuss
- L 21 -

Kiel, 10. Januar 2013
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1141
(0431) 988 1146
Fax (0431) 5300 4 1180
Innenausschuss@landtag.ltsh.de

K u r z b e r i c h t

über die gemeinsame Sitzung des

***Innen- und Rechtsausschusses (19. Sitzung) und des
Finanzausschusses (22. Sitzung)***

*am Mittwoch, dem 9. Januar 2013,
im Sitzungszimmer 142 des Landtages*

Beginn: 14:05 Uhr

Der Innen- und Rechtsausschuss nahm einen **ergänzenden Bericht der Landesregierung über das Verschwinden eines Asservates im Zusammenhang mit dem Todesfall Barschel, [Umdruck 18/581](#)**, entgegen und zur Kenntnis.

Der Ausschuss setzte in gemeinsamer Sitzung mit dem Finanzausschuss seine Beratungen zum **Ersten Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrages zum Glückspielwesen in Deutschland (Erster Glückspieländerungsstaatsvertrag - Erster GlüÄndStV), Drucksache 18/79**, fort. Ein Vertagungsantrag der CDU wurde mit den Stimmen der Regierungsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen abgelehnt.

In Übereinstimmung mit dem mitberatenden Finanzausschuss empfahl der Innen- und Rechtsausschuss dem Landtag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU, FDP und PIRATEN, den Gesetzentwurf der Landesregierung zum **Ersten Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrages zum Glückspielwesen in Deutschland (Erster Glückspieländerungsstaatsvertrag - Erster GlüÄndStV), Drucksache 18/79**, anzunehmen. Ebenso in Übereinstimmung mit dem Finanzausschuss empfahl er dem Landtag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU, FDP und PIRATEN, den Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW zur **Änderung glücksspielrechtlicher Gesetze, Drucksache 18/104**, in der Fassung von [Umdruck 18/91](#), anzunehmen.

Zum Bericht der Landesregierung über den **Beitritt des Landes Schleswig-Holstein zur „Koalition gegen Diskriminierung“**, [Drucksache 18/353](#), schloss sich der Innen- und Rechtsausschuss dem Verfahren des federführenden Sozialausschusses an.

Folgende Tagesordnungspunkte vertagte der Ausschuss:

- **Bundesratsinitiative zur Stärkung der Freiheit und der Privatsphäre im Internet**
Antrag der Fraktion der PIRATEN - [Drucksache 18/195](#)
- **Entwurf eines Gesetzes für Bürgerbeteiligung und vereinfachte Bürgerbegehren und Bürgerentscheide in Schleswig-Holsteins Gemeinden und Kreisen (Gesetz zur Stärkung der kommunalen Bürgerbeteiligung)**
Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW - [Drucksache 18/310](#)

Schluss: 15:15 Uhr

gez. Dörte Schönfelder